

## 6. DIE DEMOKRATISCHE ORDNUNG DER NACHKRIEGSZEIT (1945-1964)

### 6.1 Die Entstehung des neuen Parteiensystems: Wandel und Kontinuität

Das Parteiensystem der Nachkriegsdemokratie war von drei landesweit organisierten und nach brasilianischen Maßstäben stark institutionalisierten Parteien gekennzeichnet. Das Kernstück dieses Dreiparteiensystems bildete die PSD (*Partido Social Democrático* – Sozialdemokratische Partei), die zugleich politische Mitte und stärkste Partei war. Links von ihr lag die PTB (*Partido Trabalhista Brasileiro* – Brasilianische Arbeiterpartei), eine nicht-ideologische, 'pragmatische' Arbeiterpartei, die eng mit der staatskorporativistischen Gewerkschaftsbewegung verbunden war. Den rechten Flügel des Parteiensystems bildete die nach eigenem Selbstverständnis liberal-demokratische Partei UDN (*União Democrática Nacional* – Nationale Demokratische Union).

Sowohl die PSD als auch die PTB waren von Vargas gegründet wurden. Sie stellten gewissermaßen die politischen Erben des *Estado Novo* dar. In einem Dauerbündnis zwangen die beiden Parteien die UDN, die aus dem *anti-getulismo* (dem Widerstand gegen Getúlio Vargas), hervorgegangen war, auf nationaler Ebene in die ständige Opposition.

In der brasilianischen Parteiengeschichte nimmt das Parteiensystem der Nachkriegsdemokratie einen besonderen Platz ein. Obwohl sich anfänglich einer Institutionalisierung der drei Parteien große Hindernisse entgegenstellten, erreichten sie dennoch einen hohen Konsolidierungsgrad. So gilt der Zeitraum von 1945 bis 1964 als Höhepunkt der brasilianischen Parteienentwicklung sowie auch als eine Phase, die für das Verständnis der nachfolgenden Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist:

„Es wird zunehmend anerkannt, daß dies der große Moment des brasilianischen Parteienlebens war. Daneben besteht ein gewissermaßen prämonitorischer Glaube, daß man mit seiner Entzifferung den Schlüssel zur Vergangenheit und Zukunft besäße. Daraus folgt, daß, wenn die heutigen Parteien durch irgendeine unterirdische Kontinuität mit der Vergangenheit verbunden sind, sich so auf der anderen Seite des Tunnels die Triade PSD-UDN-PTB der fünfziger Jahre befände. Ebenso kanonisch wie für seine Bedeutung scheint dieses Parteiensystem auch für seine ihm angeborenen Mißbildungen zu sein, die einige als nahezu ausreichende Erklärung für dessen Krise Anfang der sechziger Jahre und die Schwäche der nachfolgenden Parteiensysteme sehen.“<sup>101</sup>

Das neue Parteiensystem bildete sich während der 'demokratischen Öffnung' (*abertura democrática*) des *Estado Novo* im Laufe des Jahres 1945 heraus. Mit der Ankündigung der Rückkehr zur Demokratie und den versprochenen Wahlen traten zunächst wieder die alten Parteien aus der Zeit vor dem Parteienverbot von 1937 zusammen. Wie zuvor waren es regionale Parteien, mit denen die alten politischen Führungspersonlichkeiten und dominierenden oligarchischen Gruppen sich ihre Herrschaft in den jeweiligen Bundesstaaten zu sichern suchten. Es kamen aber auch neue Parteien hinzu, die sich allerdings hinsichtlich ihres regionalen und oligarchischen Charakters nicht von den übrigen unterschieden.<sup>102</sup>

In einer zweiten Stufe kam es dann zur Fusion vieler dieser bundesstaatlichen Parteien, aus der die beiden großen und landesweit organisierten Parteien PSD und UDN hervorgingen. Für diese

---

<sup>101</sup> Bolívar Lamounier / Rachel Meneguello, *Partidos políticos e consolidação democrática: o caso brasileiro*, Textos IDESP (São Paulo: IDESP, 1986), S. 21.

<sup>102</sup> Siehe Edgar Carone, *O Estado Novo (1937-1945)*, 2a. ed. (São Paulo: Difel, 1977), S. 179 ff.

Fusion waren insbesondere zwei Faktoren verantwortlich. Der erste betraf die Frage der Präsidentschaftsnachfolge. In der zweiten Jahreshälfte von 1944 einigten sich oppositionelle Führungspersonlichkeiten aus Politik und Militär auf einen Präsidentschaftskandidaten, den ehemaligen *tenente* Eduardo Gomes. Durch die Vorbereitung einer Kandidatur, bevor überhaupt Wahlen abzusehen waren, sollte der *Estado Novo* unter Druck gesetzt werden. Darüber hinaus sollte die Kandidatur aber auch die Sammlung und Reorganisation der oppositionellen bürgerlich-oligarchischen Schichten bewirken. Aus dieser Bewegung erwuchs die UDN.

In den Folgemonaten, in denen sich der Widerstand gegen die Diktatur steigerte und die Kandidatur von Eduardo Gomes an Gestalt und Unterstützung gewann, wurde es für Getúlio Vargas immer deutlicher, daß eine politische Öffnung des Regimes und die Rückkehr zur Demokratie auf Dauer nicht mehr abzuwenden waren. Um die Kontrolle über diesen Prozeß nicht zu verlieren, ergriff er die Initiative zur Gestaltung des demokratischen Übergangs. Im Februar 1945 kündigte er Wahlen an. Im März artikuliert er mit Eurico Gaspar Dutra eine Gegenkandidatur gegen Eduardo Gomes. Gleichzeitig wirkte er auf eine Sammlung der 'situationistischen' Kräfte hin, also der mit dem *Estado Novo* verbundenen politischen Gruppen. Hieraus entstand die PSD.

Es kam somit zu einer Polarisierung des politischen Prozesses zwischen den *oposicionistas*, die sich um die Kandidatur von Eduardo Gomes versammelten, und den *situacionistas*, die hinter dem Vargas-Kandidaten Eurico Dutra standen. Die verschiedenen Parteien, die in den Bundesstaaten gerade neu entstanden waren, reihten sich in dieses Schema ein. Viele von ihnen verbanden sich daraufhin schließlich ganz mit der Partei des jeweiligen Kandidaten, der oppositionellen UDN bzw. der regierungstreuen PSD.<sup>103</sup>

Der zweite Grund, der dafür verantwortlich war, daß viele der regionalen Parteien in den beiden großen nationalen Parteiverbänden UDN und PSD aufgingen, lag in den rechtlichen Rahmenbedingungen des neuen Wahlsystems. Das Wahlgesetz, das Vargas Ende Mai 1945 dekretierte (Dekret Nr. 7586), enthielt u.a. die Bestimmung, daß eine Partei, um als solche rechtlich anerkannt zu werden, über mindestens 10.000 Unterschriften aus fünf Bundesstaaten (und in jedem dieser Bundesstaaten über nicht weniger als 500 Unterschriften) verfügen mußte (Art. 109). Hierdurch waren die Parteien auch aus formalen Gründen gezwungen, sich dauerhaft auf nationaler Ebene zu organisieren.<sup>104</sup>

PSD und UDN entstanden so ursprünglich als Einheitsfronten für oder gegen die Machtverhältnisse des *Estado Novo*. Anders als die Parteien in der Alten Republik und in den dreißiger Jahren organisierten sich diese beiden Parteien aufgrund der dargelegten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene. Abgesehen von dieser landesweiten Organisationsform stellten sie aber im Grunde nichts Neues dar. Sie repräsentierten keine neuen Gesellschaftsschichten, die über sie den Zugang zum politischen System gesucht und um die Durchsetzung bislang ausgegrenzter Interessen gerungen hätten. Ihre soziale Basis bildete die alte politische Elite, innerhalb derer die traditionellen Oligarchien der verschiedenen Bundesstaaten immer noch dominierten. Zugleich banden die beiden Parteien aber auch die urbanen Mittelschichten mit ein.<sup>105</sup> Hinsichtlich ihrer überwiegend elitären und konservativen

---

<sup>103</sup> Siehe ebd., S. 313 ff.

<sup>104</sup> Im März 1946 wurde die Zahl der zur Anerkennung als Partei erforderlichen Unterschriften von 10.000 auf 50.000 angehoben. Für eine ausgiebige Analyse des Wahlgesetzes vom 28.3.1945 und seiner Implikationen siehe Maria do Carmo Campello de Souza, *Estado e partidos no Brasil (1930-1964)* (São Paulo: Alfa-Omega, 1976), S. 111-124.

<sup>105</sup> Während die Krise der Alten Republik als Schock zwischen der oligarchischen Ordnung und den aufstrebenden Mittelschichten gesehen werden kann, kam es nach dem *Estado Novo* innerhalb der beiden großen Parteien zu einer Verbindung zwischen beiden Gesellschaftsgruppen. In diese Richtung

gesellschaftlichen Wurzeln und 'Klasseninteressen' bestanden zwischen PSD und UDN kaum Unterschiede.<sup>106</sup> Ihr politisches Profil war geprägt von der Anlehnung an Vargas und seinen Machtstaat (PSD) bzw. dessen Ablehnung (UDN).

Es ist darauf hinzuweisen, daß große Teile der sogenannten *udenistas* (Mitglieder und Anhänger der UDN) Vargas und den *Estado Novo* weniger prinzipiell oder einzig aus einer liberalen und demokratischen Grundüberzeugung heraus ablehnten. Die oppositionelle Haltung erklärte sich häufig einfach daraus, daß die betreffenden Gruppen durch Vargas unter unterschiedlichen Umständen und in verschiedener Form einen Machtverlust hinnehmen mußten oder von ihm politisch ausgegrenzt wurden.<sup>107</sup>

Der Hauptunterschied zwischen den beiden Parteien bestand im Verhältnis zur politischen Macht: Die *pessedistas* (Mitglieder und Anhänger der PSD) hatten sie, und die *udenistas* wollten sie. PSD und UDN waren im Kern also die Form, in der sich die althergebrachte politische Klasse angesichts des Regimewandels umgruppierte und sich in Anpassung an die veränderten Bedingungen neu artikulierte.

## 6.2 Die União Democrática Nacional (UDN)

Das politische Profil der brasilianischen Parteien aufzuzeigen, ist keine leichte Aufgabe. Das gilt für die damaligen Parteien ebenso wie für die heutigen. Sie besitzen im allgemeinen keine deutlich umrissenen Konturen, setzen sich aus sehr unterschiedlichen Kräften zusammen und verfolgen in ihrer Politik nur selten eine klare Linie. Dies trifft insbesondere auch auf die UDN zu:

„...der Werdegang der UDN ist von verschiedenen Widersprüchen gekennzeichnet, die für die Suche nach der Einheit und Identität eine Herausforderung darstellen. Die Perplexität ist verständlich: innerhalb der UDN gab es eine Koexistenz von liberalen und progressiven Thesen mit betont reaktionären und antidemokratischen Ideen. Die Partei, die für das staatliche Erdölmonopol und gegen den Mandatsentzug der kommunistischen Parlamentsmitglieder stimmt, ist dieselbe, die sich gegen Staatseingriffe in die Wirtschaft stellt und bis zum Rande des Absurden die 'kommunistische Infiltration' in Sektoren des öffentlichen Lebens denunziert.“<sup>108</sup>

Zwei wichtige Merkmale zur Beschreibung der UDN wurden bereits genannt: ihre überwiegend elitäre gesellschaftliche Herkunft sowie ihre ewige Oppositionsrolle auf nationaler Ebene. Ein genaueres Bild der Partei erhält man, wenn man ihre politische Zusammensetzung sowie Inhalte und Verhalten der UDN in der politischen Konjunktur betrachtet.

---

äußert sich auch Benevides im Zusammenhang mit der Frage, ob es sich bei der UDN um eine Partei der Mittelschicht handelte: „Die Frage der Mittelklasse ist ein Labyrinth. Ihre eigene Ambiguität als Klasse macht ihre mögliche gesellschaftliche Autonomie und politische Partizipation undefinierbar, so daß ihr fast immer nur ein 'bitterer politischer Pakt' übrigbleibt.“ Maria Victoria de Mesquita Benevides, „A União Democrática Nacional“, Os partidos políticos no Brasil, Vol. 1, org. David V. Fleischer (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 101 f.

<sup>106</sup> Zur grundsätzlichen Ähnlichkeit im politischen Rekrutierungsmuster beider Parteien siehe David V. Fleischer, „Dimensões do recrutamento partidário“, Os partidos políticos no Brasil, Vol. 1, org. David V. Fleischer (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 59 f.

<sup>107</sup> Vgl. Maria Victoria de Mesquita Benevides, A UDN e o udenismo. Ambigüidades do liberalismo brasileiro (1945-1964) (Rio de Janeiro: Paz e Terra, 1981), S. 28 ff.

<sup>108</sup> Maria Victoria de Mesquita Benevides, „A União Democrática Nacional“, Os partidos políticos no Brasil, Vol. 1, org. David V. Fleischer (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 91.

Die UDN war eine sehr heterogene Partei. Als breit angelegte Oppositionsfront gegen die Vargas-Diktatur umspannte sie ein ausgesprochen weites Spektrum unterschiedlicher und sogar gegensätzlicher politischer Kräfte, deren Annäherung um die Kandidatur von Eduardo Gomes erfolgte. Die verschiedenen politischen Gruppen, aus denen sich die UDN in ihrer Gründungsphase zusammensetzte, wurden von Maria Benevides in fünf Kategorien unterteilt:

- „a) Die durch die Revolution von 1930 enthobenen Oligarchien;
- b) Die ehemaligen Verbündeten von Getúlio, die nach 1930 oder 1937 marginalisiert wurden;
- c) Jene, die sich am *Estado Novo* beteiligten und sich vor 1945 von ihm distanzierten;
- d) Liberale Gruppen mit einer starken regionalen Orientierung;
- e) Linke Gruppen.“<sup>109</sup>

Die zuletzt genannten linken Gruppen verließen die UDN bereits in den folgenden Monaten wieder und gründeten die Sozialistische Partei Brasiliens (*Partido Socialista Brasileiro* – PSB) oder kehrten zur PCB zurück. Damit stabilisierte sich die UDN insgesamt betrachtet als eindeutig bürgerlich-oligarchische Partei mit konservativem Profil.

Die gemeinsame Opposition gegen Vargas und ihr elitärer Charakter genügten aber nicht, um aus der UDN eine einheitliche und kohärente Partei zu machen. Benevides spricht deshalb auch von den 'verschiedenen UDNs'. Zum einen gab es innerhalb der UDN die bundesstaatlichen Parteiblöcke. Diese unterschieden sich hinsichtlich ihres politischen Profils, der historischen Herkunft, der sozialen Zusammensetzung sowie auch ihres jeweiligen politischen Gewichts innerhalb des Bundesstaats. Im regionalen Querschnitt betrachtet erscheint die UDN damit als ein Pakt auf nationaler Ebene von ansonsten uneinheitlichen lokalen und regionalen Gruppen.<sup>110</sup>

Auf der anderen Seite gab es – diesmal aus der Perspektive eines politischen Querschnitts – verschiedene innerparteiliche Flügel mit radikalen Gegensätzen bezüglich der vertretenen politischen Inhalte und des Auftretens. Die internen Widersprüche werden insbesondere bei den drei folgenden Gegensatzpaaren deutlich:

- *Banda de Música* vs. *Bossa Nova*: Der *Banda de Música* genannte rechte Flügel vertrat ein neoliberales Wirtschaftsmodell, das er in systematischen und äußerst vehementen Angriffen der staatsinterventionistisch und wirtschafts-nationalistisch orientierten Regierung entgegenstellte. Der *Bossa Nova*-Flügel hingegen unterstützte – in Allianz mit der PTB – die linksgerichtete Regierung João Goularts und dessen Basisreformen, zu denen insbesondere auch eine Landreform gehörte.
- Legalisten vs. Putschisten: Der legalistische Flügel war durch ihr Festhalten an einem formalen Demokratieverständnis und dem Legalitätsprinzip gekennzeichnet. Der Flügel der 'Putschisten' (*golpistas*) trat demgegenüber wiederholt für die Intervention der Streitkräfte gegen die Regierung ein, um 'Subversion' und 'soziales Chaos' zu verhindern.

---

<sup>109</sup> Maria Victoria de Mesquita Benevides, *A UDN e o udenismo. Ambigüidades do liberalismo brasileiro (1945-1964)* (Rio de Janeiro: Paz e Terra, 1981) S. 29.

<sup>110</sup> Zum regionalen Profil der 'verschiedenen UDNs' siehe ebd., S. 230-239.

- Unnachgiebige Oppositionisten vs. Pragmatiker: Die '*oposicionistas*' lehnten eine Zusammenarbeit mit der Regierung und der Regierungskoalition PSD-PTB grundsätzlich ab, während sich die Pragmatiker einer Annäherung an die Regierungskräfte aus inhaltlichen oder wahltaktischen Gründen nicht verschlossen.<sup>111</sup>

Bei der starken regionalen und politischen Heterogenität und Inkohärenz der UDN fällt es schwer, sie als eine einheitliche und in sich geschlossene Partei zu betrachten. In den von ihr vertretenen politischen Inhalten und in ihren Verhaltensweisen stechen allerdings einige dominierende Grundzüge hervor, durch die das Bild der Partei geprägt wurde. Durch diese überwiegenden Wesenszüge kann trotz aller Abweichungen und internen Gegensätzen dennoch bis zu einem gewissen Grad von '*udenismo*' (UDN-ismus) gesprochen werden.

Diese politische Strömung kennzeichnete sich zunächst durch sein elitäres Gesellschaftsbild, das sich insbesondere in der Ablehnung einer Ausweitung der politischen Partizipation, dem rein formalen Demokratieverständnis und dem Anspruch einer intellektuellen und kulturellen Überlegenheit widerspiegelte. Ein zweites Merkmal der UDN war ihr Moralismus. Die moralische Entrüstung über die Korruption in Staat und Regierung bildete eine Konstante in der Geschichte der UDN. Drittens vertrat die Partei im Grundsatz eine liberale Wirtschaftspolitik und das Prinzip der staatlichen Nicht-Intervention, auch wenn sie mitunter, wie im Fall ihrer Befürwortung des Ölmonopols, von dieser Linie abwich. Damit stand sie in starkem Gegensatz zur etablierten und von den Regierungskräften vertretenen Auffassung, daß der Staat die Rolle des Motors der wirtschaftlichen Entwicklung zu übernehmen habe. Ein vierter Punkt war schließlich der '*politischer Militarismus*'. Die UDN, oder zumindest breite Teile innerhalb der UDN forderten immer wieder das Eingreifen der Militärs in die bestehende politische Ordnung und verteidigten ein „didaktisches und provisorisches autoritäres Regime“.<sup>112</sup> Die Gründe hierfür waren die Korruption innerhalb der Regierung, die Überzeugung, die brasilianische Gesellschaft sei noch nicht reif für die Demokratie („Das Volk weiß nicht zu wählen!“) sowie die angebliche Gefahr des Zerfalls der gesellschaftlichen Ordnung und der kommunistischen Unterwanderung. Vor allen Dingen erschien ein Militäreingriff vielen *udenistas* auch die einzige Möglichkeit, aus der ewigen Oppositionsrolle herauszutreten und selbst an die Regierung zu gelangen. Das Anrufen der Streitkräfte seitens der UDN sorgte für eine zunehmende Vergiftung des politischen Klimas. Der Staatsstreich von 1964 wurde von ihr so geradezu herbeibeschwört.

### 6.3 Die Partido Social Democrático (PSD)

Die PSD war der UDN in gewisser Hinsicht ähnlich. Sie setzte sich aus sehr heterogenen politischen Kräften zusammen und besaß einen grundsätzlich konservativen Charakter. Auch schloß sie ebenso wie die UDN durch viele ihrer führenden Mitglieder sowie durch Inhalt und Form ihrer Aktivitäten weitgehend an die alten elitär-oligarchischen Politikmuster an. Auch das eigentlich trennende Element zwischen den beiden Parteien besaß an sich schon wieder etwas Verbindendes: die Haltung zum *Estado Novo* in der Gründungsphase. Während die UDN aus dem Protest gegen die Diktatur entstand, wurde die PSD gerade zur Bündelung der politischen und administrativen Führungskräfte des *Estado Novo* gebildet. Definierte sich die UDN also

---

<sup>111</sup> Neben diesen verschiedenen innerparteilichen UDNs weist Benevides auch noch auf parteiexterne Gruppen hin, die ebenfalls mit der UDN identifiziert wurden, wie insbesondere die Tageszeitung O Estado de São Paulo („alter ego der paulistaner UDN“), 'Satellitenparteien' und Teile des Militärs. Siehe Maria Victoria de Mesquita Benevides, „A União Democrática Nacional“, Os partidos políticos no Brasil, Vol. 1, org. David V. Fleischer (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 103.

<sup>112</sup> Maria Victoria de Mesquita Benevides, „A União Democrática Nacional“, Os partidos políticos no Brasil, Vol. 1, org. David V. Fleischer (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 105.

größtenteils durch ihre Oppositionsrolle als die 'outs' der bestehenden politischen Ordnung, war der *situacionismo* der politischen 'ins' das hervorstechende Wesensmerkmal der PSD.<sup>113</sup>

Die Initiative zur Formierung der PSD ging von Vargas selbst aus. Der unmittelbare Gründungsanlaß bestand in der Notwendigkeit, die Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur Dutras zu koordinieren. Im März 1945 wurden die Interventoren von Vargas veranlaßt, die regierungsnahen Kräfte in ihren jeweiligen Bundesstaaten in regionalen PSD-Verbänden zu organisieren. Wie dies geschah, wird von Carone am Beispiel des Bundesstaates Minas Gerais dokumentiert:

„Die PSD wird im März 1945 vom Interventor Benedito Valadares gegründet. Zum Gründungsakt schickt dieser eine Nachricht an die Bürgermeister (die von ihm designiert wurden oder seit 1934 seiner Partei angehören), damit sie fünf bis zehn Personen zur Parteikonvention und zur Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten Eurico Gaspar Dutra 'einladen'. Zur Konvention erscheinen 100% der Bürgermeister, 45% der lebenden ehemaligen Abgeordneten aus Minas Gerais in der Konstituierenden Nationalversammlung (1933), 57% der lebenden ehemaligen Abgeordneten der Konstituierenden Landeskammer (*Assembléia Constituinte Estadual*) von 1935 und 10% der Stadtverordneten von 1937.“<sup>114</sup>

Die PSD war damit das 'Recycling-Produkt' der politischen Führungsschicht des *Estado Novo*. Ihre Seilschaften folgten ihr beim Eintritt in die Partei. Hierbei handelte es sich in erster Linie um die vielen Beamten und Angestellten im Staatsapparat, in Verwaltung, Polizei und sonstigen öffentlichen Institutionen. In einem System, in dem Regierung und Regierungspartei einen maßgeblichen Einfluß auf die Verteilung öffentlicher Ämter besitzen, werden Positionen im Staatsapparat zur Tauschware gegen politische Unterstützung. Die 'Macht des Parteibuchs' zog den öffentlichen Dienst auf die Regierungsseite und in die PSD.

Bei der nationalen Gründungskonvention der PSD am 17.7.1945 wurde Getúlio Vargas zum Parteivorsitzenden gewählt. Erster und zweiter stellvertretender Vorsitzender wurden die Interventoren der beiden wichtigsten Bundesstaaten, Benedito Valadares (Minas Gerais) und Fernando Costa (São Paulo). Die PSD erwuchs aus der Regierung, aus dem *situacionismo* des *Estado Novo* und war so die Partei des *status quo*.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die PSD im Zeitraum bis zum Militärputsch von 1964 die dominierende Kraft im Parteiensystem darstellte und fast ununterbrochen an der Regierung war, wird deutlich, daß der Regimewandel von 1945 keinen so tiefen Bruch mit der autoritären Vergangenheit darstellte, wie es bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen mag. Durch die Aggregation der situationistischen Kräfte in der PSD, die im Übergangsprozeß und bei der Ausarbeitung der Verfassung von 1946 die Führungsrolle einnahm, wurde ein erhebliches Maß an politischer Kontinuität ermöglicht.<sup>115</sup>

---

<sup>113</sup> Wie bereits an anderer Stelle erläutert wird unter *situacionismo* die für Brasilien so typische Praxis vieler Politiker verstanden, sich aus politischem Opportunismus und zur Sicherung eines besseren Zugangs zu den staatlichen Pfründen auf die Seite der Regierung zu stellen.

<sup>114</sup> Edgar Carone, *O Estado Novo (1937-1945)*, 2a. ed. (São Paulo: Difel, 1977), S. 178 f.

<sup>115</sup> Zur Frage der Kontinuität von *Estado Novo* und dem Verfassungsregime von 1946 siehe Maria do Carmo Campello de Souza, *Estado e partidos políticos no Brasil (1930-1964)*, São Paulo: Alfa Omega, 1976, S. 105 ff.

Durch die starke politische Kontrolle, welche die alten Eliten durch die PSD über den Transitionsprozeß besaßen, führte der Wandel des politischen Regimes und des Parteiensystems nicht zu einer Veränderung der tieferen Herrschaftsverhältnisse. Überspitzt ließe sich deshalb anführen, die Demokratisierung sei im Grunde eine 'Fortführung des *Estado Novo* mit anderen Mitteln' gewesen. Gerade am Beispiel der PSD wird die Paradoxie deutlich, daß sich hinter den Veränderungen auf der Ebene des Parteienwesens die Kontinuität der alten Machtzustände verbarg.

Das wesentliche identitätsstiftende Element der PSD war damit auch ihre Rolle als Regierungspartei im Zentrum der politischen Macht. Während die UDN wenigstens vom eigenen Anspruch her eine liberale Partei war und sich auf das Erbe des Liberalismus in der brasilianischen Vergangenheit berief, waren weltanschauliche Erwägungen für das Selbstverständnis der PSD gänzlich belanglos. Der nicht-ideologische oder geradezu anti-ideologische Charakter der PSD und die Bedeutung ihrer Regierungsfunktion als hervorstechendes Wesensmerkmal der Partei werden sehr gut in einem Satz vom ehemaligen PSD-Mitglied Tancredo Neves zum Ausdruck gebracht:

„Zwischen der *Bibel* und *Dem Kapital* hält es die PSD mit dem *Regierungsanzeiger*.“<sup>116</sup>

Angesichts des völligen Fehlens einer auch noch so vagen Parteiideologie zeichnet Lucia Hippolito das politische Profil der PSD an 'Mentalität und Stil' der Partei nach. In ihrem 'Handbuch des guten *pessedista*' (PSD-Anhänger bzw. -Politiker) unterscheidet sie sechs grundlegende Eigenschaften, durch die sich die PSD – vor allem aus eigener Sicht – auszeichnete: ihre Wahlstärke, ihre Position im politischen Zentrum, die konziliante und moderate Rolle nach innen und außen, ihre Festigkeit in politischen Entscheidungen, die Bedeutung bei der politischen Sozialisation von Politikern sowie ihre administrative Kompetenz. Hier sollen nur die ersten drei dieser Eigenschaften wiedergegeben werden, da den übrigen eine geringere Bedeutung zukommt und darüber hinaus einen sehr subjektiven und selbstbeschönigenden Charakter besitzen.<sup>117</sup>

- Die Durchschlagskraft der PSD bei Wahlen: „Ein guter *pessedista* ist vor allen Dingen, wer über Wählerstimmen verfügt.“ Diesem obersten Gebot des Wahlsiegs kam die PSD zumeist mit klientelistischen und populistischen Mitteln nach sowie durch die sozio-ökonomische Beherrschung und Beeinflussung der Wählerschaft im ländlichen Bereich (*coronelismo*). Zur 'coronelistischen' Machtbasis der PSD schreibt Cláudia Sousa Leitão:

„Das wichtigste Charakteristikum der *Partido Social Democrática* ist daher ihre Fähigkeit zur Manipulation der Wählermassen durch die Lokalchefs.“<sup>118</sup>

---

<sup>116</sup> „Entre a Bíblia e O Capital, o PSD fica com o Diário Oficial.“ Zitiert nach Lucia Hippolito, *De raposas e reformistas: o PSD e a experiência democrática brasileira, 1945-1964* (Rio de Janeiro: Paz e terra, 1985), S. 37.

<sup>117</sup> Siehe Lucia Hippolito, *De raposas e reformistas: o PSD e a experiência democrática brasileira, 1945-1964* (Rio de Janeiro: Paz e terra, 1985), S. 44-48. Es ist auf den in weiten Teilen apologetischen Charakter von Lucia Hippolitos Arbeit hinzuweisen.

<sup>118</sup> Cláudia Sousa Leitão, *A crise dos partidos políticos brasileiros: os dilemas da representação política no Estado intervencionista* (Fortaleza: ohne Verlagsangabe, 1989), S. 143.

- Die PSD war die Partei des politischen Zentrums: Trotz ihrer an sich oligarchischen und konservativen Herkunft bemühten sich PSD und UDN gleichermaßen um ein Profil der sozialen Mittelschicht. Die PSD war allerdings in ihrem Auftreten weniger elitär als die UDN und befürwortete, im Gegensatz zu letzterer, grundsätzlich staatliche Wirtschaftsinterventionen im Rahmen einer nationalen Entwicklungspolitik.<sup>119</sup> Darüber hinaus unterstützte die PSD diverse sozialpolitische Initiativen der linken PTB.
- Konziliation und Moderation: Die PSD verfügte über eine große Kapazität, unterschiedliche politische Strömungen aufzunehmen und zu einem Konsens zu bringen. Durch ihre um Ausgleich bemühte Haltung wirkte sie einer Radikalisierung des politischen Systems entgegen. So strich der PSD-Politiker Antônio Balbino in der moderaten Haltung seiner Partei heraus:

„...die Flexibilität, die große Fähigkeit zum Zuhören, zur Teilnahme an Debatten, ohne sie übermäßig anzureizen, wodurch sie eine versöhnende Rolle spielte. Die PSD funktionierte als eine Art Brutstätte zur Heranbildung von Politikern mit einer viel stärker moderaten statt radikalen Haltung.“

In derselben Richtung äußerte sich Ulysses Guimaraes, der ebenfalls der PSD angehört hatte:

„Die PSD war das große Laboratorium der politischen Lösungen Brasiliens. Mit ihrer Plastizität, mit ihrer Weisheit und mit ihrem Realismus war die PSD ein politisches Laboratorium, das Revolutionen und Turbulenzen im politischen Leben der Nation verhinderte und ihre Einheit wahrte.“<sup>120</sup>

Die drei dargelegten Grundeigenschaften erklären auch die besondere Funktion, die die PSD im politischen System einnahm: Als stärkste Partei in der Mitte des politischen Spektrums und mit ihrer um politischen Ausgleich bedachten Haltung war die PSD der Garant politischer Stabilität. Als eine Hauptthese Hippolitos bildete die PSD das Zentrum im Parteiensystem und sorgte aufgrund ihres politischen Gewichts bis zum Ende der 50er Jahre für eine 'zentripetale Tendenz' (Streben zum Mittelpunkt hin) des politischen Prozesses. Damit sorgte sie, in Anlehnung an Sartori, für einen 'moderaten Parteienpluralismus'. Mit der inneren Fragmentierung der PSD ab Anfang der 60er Jahre kam es dann zu einer Aushöhlung des Zentrums, was zu einer Polarisierung des Parteiensystems (d.h. zu Sartoris Modell eines 'polarisierter Parteienpluralismus') und der politischen Auseinandersetzung führte, welche den Kollaps des politischen Gesamtsystems und den Staatsstreich von 1964 nach sich zog.<sup>121</sup>

---

<sup>119</sup> „Der wichtigste Unterschied, der zwischen PSD und UDN bestand, besteht in der traditionell anti-estatistischen Haltung der UDN (nach Prägung des klassischen Liberalismus) bei Befürwortung des Auslandskapitals, während die PSD in einer progressiveren Linie zur gleichen Zeit und mit gleichem Nachdruck Staatsinterventionen und Auslandskapital billigte.“ Maria Victoria de Mesquita Benevides, *A UDN e o udenismo. Ambigüidades do liberalismo brasileiro (1945-1964)* (Rio de Janeiro: Paz e Terra, 1981), S. 280.

<sup>120</sup> Beide Zitate befinden sich bei Lucia Hippolito, *De raposas e reformistas: o PSD e a experiência democrática brasileira, 1945-1964* (Rio de Janeiro: Paz e terra, 1985), S. 46.

<sup>121</sup> Siehe ebd. Zur Hippolitos theoretischer Auseinandersetzung mit der Frage der Stabilität und Krise des Parteiensystems siehe ihr Kapitel 1 (S.27-36), in dem sie aus der Kritik Sartoris heraus ein leicht abgewandeltes und auf die besondere Situation von 1945-1964 angepaßtes Stabilitätsmodell vorschlägt.

#### 6.4 Die Partido Trabalhista Brasileiro (PTB)

Die dritte große Partei des hier behandelten Zeitraums war die PTB. Wie auch bei der PSD ging die Initiative zu ihrer Gründung von Getúlio Vargas aus. Die wichtigsten Führungspersonlichkeiten kamen ebenfalls aus dem *Estado Novo*, wenngleich sie einen anderen politischen Hintergrund besaßen. Wie wir gesehen haben, war die PSD die Partei der politischen Führungsschicht des *Estado Novo* und der traditionellen Oligarchien. Die PTB entstand hingegen aus der staatskorporativistisch organisierten Arbeiterbewegung heraus. Die Parteispitze rekrutierte sich aus den staatlich kontrollierten Gewerkschaften und dem Arbeitsministerium. Getúlio Vargas wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Die PTB war eine reformerische und anti-revolutionäre Arbeiterpartei. Sie war aber keine sozialistische Partei, sondern vertrat die Idee des '*trabalhismo*' (von *trabalho* – die Arbeit, bzw. *trabalhador* – der Arbeiter). Der *trabalhismo* sah sich als eine pragmatische, nicht-ideologische Form der Einbindung der Arbeiterschaft und ihrer 'Klasseninteressen' in das politische System. Tatsächlich handelte es sich aber um „die Ausrichtung populistischer Politik an Funktion, Rolle und Interessen der nichtherrschenden Klassenfraktionen“.<sup>122</sup> Die wesentlichen programmatischen Forderungen der PTB waren die Verteidigung und Konsolidierung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die unter Vargas entworfen wurde, Profitbegrenzung und Beteiligung der Arbeiterschaft an Unternehmensgewinnen, eine stärkere soziale Umverteilung, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Streikrecht, allgemeines Wahlrecht, soziale Verantwortung des Landbesitzes (Agrarreform) sowie größere Autonomie der Gewerkschaften.<sup>123</sup> Obwohl ihr Diskurs häufig anti-kapitalistisch und anti-imperialistisch geprägt war, stand die PTB dennoch zum westlichen Modell von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft.

Die PTB war aber nicht nur von der Sorge um die soziale Lage der aufsteigenden Arbeiterschichten beseelt. Bei allem emanzipatorischem Anschein und Engagement für die Interessen der Arbeiter war der *trabalhismo* dennoch keine genuine Arbeiterbewegung. Er war keine Bewegung 'von unten', die eine autonome Organisation der Arbeiterschaft vorsah. Vielmehr kennzeichnete sich der *trabalhismo* durch populistische Führerpersönlichkeiten der politischen Elite, die Konzessionen an die sozial schwachen Schichten gegen deren politische Folgschaft und Unterstützung bei Wahlen eintauschten. *Trabalhismo* und das in der lateinamerikanischen Politik äußerst wichtige Phänomen des Populismus standen deshalb in einer sehr engen Beziehung. Die häufig nur leichten Verbesserungen der Lebenssituation der ärmeren Gesellschaftsschichten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich im Grunde (bewußt oder unbewußt) um eine Strategie der Manipulation und Dominanz, und nicht um eine Form politischer Emanzipation handelte.

Hinter der Gründung der PTB standen klare wahlstrategische und machtpolitische Motive. Aufgrund offensichtlicher Interessengegensätze konnte die nach Reformen strebende Arbeiterschaft nicht von der konservativen und elitären PSD repräsentiert werden. Die PTB wurde daher von Vargas ins Leben gerufen, um sich seinen Einfluß auf diese neue und an Bedeutung zunehmende politische Kraft zu sichern. Mit der PTB sollte einerseits verhindert werden, daß sich die Arbeiterschaft anderen Linksparteien und insbesondere der kommunistischen PCB zuwendete. Andererseits brauchte Vargas die PTB auch als zweite Kraft an der Seite der PSD, um die bürgerlich-oligarchische Opposition der UDN einzudämmen. Durch dieses Bündnis von PTB und PSD konnten sich die pro-getulistischen Kräften bis in sechziger Jahre hinein eine

---

<sup>122</sup> Tobias Thomas, „Von Vargas bis Goulart: populistische Politik in Brasilien“, *Brasilien-Dialog*, 4 (1980), S. 50.

<sup>123</sup> Vgl. Edgar Carone, *O Estado Novo (1937-1945)*, 2a. ed. (São Paulo: Difel, 1977), S. 192.

klare politische Mehrheit sichern. Die PTB diene damit letztlich zur paternalistischen Einbindung und Kontrolle der Arbeiterschaft in einer Inter-Klassen-Allianz mit der PSD zur Sicherung der alten Machtverhältnisse aus der Zeit des *Estado Novo*.

Aufgrund ihrer besonderen Entstehungsweise besaß die PTB im politischen Wettbewerb einen wichtigen Startnachteil. PSD und UDN waren das Ergebnis einer Neuartikulation bereits vorhandener politischer Strukturen. Beide Parteien entstanden durch die Reorganisation der alten Parteien aus der Zeit vor 1937, die auf ihre vorherigen Verbandsstrukturen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene zurückgreifen konnten, sowie durch ihre Sammlung und Fusion auf nationaler Ebene. Die PTB mußte demgegenüber ihre gesamten Organisationsstrukturen erst völlig neu errichten:

„Sowohl bei der PSD als auch bei der UDN rührte ein Großteil ihrer Macht aus der lokalen sozio-ökonomischen Dominanz her, ob exklusiv in der Hand von einer der beiden Parteien oder unter beiden geteilt.

Die PTB verfügte indessen nicht über diese Organisationsbasis, da sie ursprünglich lediglich als Instrument zur Mobilisierung von Wählerstimmen aus der Arbeiterschaft zugunsten von Getúlio Vargas und seiner Gefolgschaft diene. Der von Getúlio errichtete Gewerkschaftsapparat bot jedoch eine Organisationsbasis im urbanen und industriellen Bereich, die von der PTB recht erfolgreich eingesetzt wurde.“<sup>124</sup>

Damit besaß die PTB eine ganz andere Ausgangssituation als die beiden übrigen großen Parteien, die bereits landesweit etabliert waren. Die PTB war anfangs nur in einigen urbanen Zentren präsent. Sie mußte daher zunächst ihre Parteibasis geographisch und damit letztlich auch sozial ausweiten. Dies bedeutete vor allen Dingen, ein möglichst breit gespanntes und dichtes Netz von Parteizellen zu errichten.

Trotz dieses anfänglichen Handicaps stellte sich die PTB in der Phase von 1945 bis 1964 als die Partei mit dem höchsten Zuwachs an Wählerstimmen heraus: Während die PSD in diesem Zeitraum starke Stimmeneinbußen hinnehmen mußte und sich die UDN in etwa konstant hielt, stieg der Anteil der Sitze der PTB im Abgeordnetenhaus kontinuierlich von 7,7% im Jahre 1945 auf 28,4% 1962. Bei den letzten Wahlen vor dem Putsch 1964 übertraf die PTB die UDN (22,2%) und lag nur um einen halben Prozentpunkt hinter der PSD (28,9) zurück (siehe Tabelle 1, S. 163).

Diese Aufwärtsentwicklung der PTB wird von Soares auf vier Faktoren zurückgeführt. Zunächst gelang es der PTB mit großem Erfolg, ihr Organisationsnetz auszuweiten. In einem ständigen Expansionsprozeß dehnte sie sich auf Gemeinden und Bundesstaaten aus, in denen sie anfangs kaum oder gar nicht vertreten war. Bei PSD und UDN, die ja bereits über landesweite Strukturen verfügten, war ein solches Wachstum in die Breite nicht mehr möglich.

Ein zweiter Grund für den Erfolg der PTB war das Parteiverbot der PCB 1947. Viele Kommunisten stießen dadurch zur PTB als der 'Partei des geringsten Übels'. Drittens trug sicherlich auch die Unterstützung von Getúlio Vargas, der in weiten Kreisen nach wie vor großes Ansehen genoß, für die PTB zu ihrem Aufstieg bei.

---

<sup>124</sup> Glaucio Ary Dillon Soares, „A formação dos partidos nacionais“, Os partidos políticos no Brasil, Vol. 1, org. David V. Fleischer (Brasília: Universidade de Brasília, 1981), S. 8.

Der vierte Faktor schließlich war der sozio-ökonomische Wandel Brasiliens nach 1945. Mit zunehmender Industrialisierung und Urbanisierung nahmen gerade die Gesellschaftsschichten zu, die das größte Wählerpotential der PTB darstellten, nämlich die sozial schwache Stadtbevölkerung, Arbeiter und Angestellte in niedrigeren Positionen. Mit dem relativen Rückgang des Analphabetismus konnten sich diese sozialen Gruppen darüber hinaus auch immer stärker an den Wahlen beteiligen, denn Analphabeten waren bis 1985 vom Wahlrecht ausgeschlossen.<sup>125</sup>

## 6.5 Sonstige Parteien

PSD, UDN und PTB waren mit Abstand die wichtigsten Parteien der Nachkriegsdemokratie. Doch neben diesen 'großen Drei' gab es noch eine Reihe weiterer Parteien. Insgesamt erreichten zwischen 1945 und 1964 fünfzehn Parteien den Einzug in das Abgeordnetenhaus. Die meisten erlangten allerdings nur sehr wenige Sitze und waren regional begrenzte Phänomene. Auf nationaler Ebene gab es neben den beschriebenen Parteien nur noch drei Parteien, denen eine eingeschränkte Bedeutung zukam und die hier zumindest genannt werden sollen. Es handelt sich zunächst um die kommunistische PCB, die sich 1945 zum ersten Mal an Wahlen beteiligen konnte, allerdings bereits 1947 wieder verboten wurde. Eine andere landesweit organisierte Partei war die PSP (*Partido Social Progressista* – Fortschrittlich Soziale Partei) des Populisten Adhemar de Barros. Das Hauptgewicht der PSP lag im Bundesstaat São Paulo, in dem Barros unter Vargas Interventor gewesen war. Die dritte größere Partei unter den kleinen war die Republikanische Partei (*Partido Republicano* – PR).

## 6.6 Die Dynamik des Parteiensystems und die politische Krise Anfang der sechziger Jahre

Bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem politischen System der Nachkriegszeit, das von Skidmore als „Experiment in Demokratie“ bezeichnet wurde<sup>126</sup>, steht immer wieder die Frage im Mittelpunkt, welche Faktoren das Scheitern dieses Experiments verursacht haben. Eine, wenn nicht sogar *die* zentrale Problemstellung in der Literatur zu den Parteien dieses Zeitraums betrifft daher auch den Zusammenhang zwischen der Dynamik des Parteiensystems und dem Staatsstreich von 1964.

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß das Eingreifen der Streitkräfte in das Verfassungssystem nicht losgelöst von ihrem politischen Umfeld betrachtet werden darf. Es besteht ein breiter Konsens, daß der innermilitärische Entscheidungsprozeß, der zu dem Putsch führte, durch die Erschütterungen des bestehenden politischen Regimes ausgelöst wurde. In dieser Sichtweise war der Umsturz der demokratischen Ordnung in Brasilien 1964 kein zufälliger Schlag aus heiterem Himmel, sondern die fast zwangsläufige Reaktion des Militärs auf eine vorangegangene und andauernde Krisensituation. Die eigentlichen Gründe und tieferen Ursachen für den Militärputsch sind deshalb nicht im innermilitärischen Bereich zu suchen, sondern vor allem in der Sphäre der Politik selbst.<sup>127</sup> Hierbei kommt nach Huntingtons allgemein-theoretischen Überlegungen gerade auch den Parteien eine große Verantwortung zu:

---

<sup>125</sup> Zum Aufstieg der PTB und ihren Ursachen siehe ebd.

<sup>126</sup> So der Untertitel von seinem Standardwerk zur politischen Entwicklung der Nachkriegszeit: Thomas E. Skidmore, *Politics in Brazil (1930-1964): an Experiment in Democracy* (New York: Oxford University Press, 1967).

<sup>127</sup> vgl. Alfred C. Stepan, *The Military in Politics: Changing Patterns in Brazil*, (Princeton: Princeton University Press, 1971).

„Der Rückgang der Stärke der Parteien, die Fragmentierung der Führerschaft, die Auflösung des Rückhalts der Massen, der Zerfall der Organisationsstruktur, der Transfer von Parteiführern zur Bürokratie, der Anstieg des Personalismus, all dies kündigt den Moment an, zu dem die Streitkräfte den Kongreß besetzten. Militärputsche zerstören nicht die Parteien, sie ratifizieren lediglich den sich bereits vollziehenden Verfall.“<sup>128</sup>

Vor diesem Hintergrund geht die brasilianische Parteienforschung verstärkt der Frage nach, inwiefern die Parteien zur Krise des politisch-institutionellen Gefüges beitragen, die zum Sturz des demokratischen Systems und zur Errichtung der Militärdiktatur führten. In der Diskussion werden vier Positionen vertreten, die sich hinsichtlich der Natur der Dynamik des Parteiensystems und der aus ihr erwachsenden Implikationen in bezug auf die Krise des politischen Systems unterscheiden.<sup>129</sup>

Eine erste Gruppe von Autoren ist der Auffassung, das Parteiensystem hätte sich seit Beginn der sechziger Jahre fortschreitend desinstitutionalisiert und sei gewissermaßen in sich zusammengefallen. Diese Zersetzung des Parteiensystems als entscheidendes Subsystem des politischen Gesamtsystems hätte damit geradezu automatisch die Stabilität und den sozialen Rückhalt des Gesamtsystems beeinträchtigt. Als wichtiges empirisches Indiz für diesen Auflösungsprozeß wurde insbesondere angeführt, daß bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus das Gewicht der einzelnen Parteien ständig abnahm und den Wahlbündnissen hingegen eine wachsende Bedeutung zukam. Bei den Parlamentswahlen von 1962 ging so fast die Hälfte aller Stimmen an die Wahlallianzen (siehe Tabelle 2, S. 163). Campello de Souza äußert sich zu dieser Frage:

„Die Proliferation der Wahlallianzen, die von den meisten Beobachtern als eine Art Perversion des Parteiensystems, als Zeichen seiner Künstlichkeit und Unnatürlichkeit (*inorganicidade*) gilt, wird von vielen – mit nicht gänzlich befriedigender Logik – auch als Symptom seines Zerfalls im Zusammenprall mit dem sozio-ökonomischen Transformationsprozeß gesehen. Die Praxis der Bildung von Wahlallianzen, die eine direkte Manifestation der Untauglichkeit (*inadequação*) des parteipolitischen Systems (*sistema político-partidário*) sei, wird auch als einer der Faktoren für seinen Legitimitätsverlust in den Augen der Wählerschaft betrachtet.“<sup>130</sup>

Als weiteres wichtiges Zeichen für die Desinstitutionalisierung der Parteien wird der Anteil der ungültigen Stimmen bei Wahlen, namentlich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus genannt (siehe Tabelle 3, S. 164). Auch hierin spiegele sich der Vertrauensverlust in die Parteien nieder und damit auch die wachsende Distanz zwischen der Wählerschaft und den politischen Institutionen, die in den Kollaps des demokratischen Regimes gemündet hätte.

---

<sup>128</sup> Zitiert nach Antônio Lavareda, *A democracia nas urnas: o processo partidário-eleitoral brasileiro* (Rio de Janeiro: Rio Fundo, 1991), S. 163.

<sup>129</sup> Eine breite Diskussion der verschiedenen Erklärungsansätze und Thesen zu dieser Fragestellung findet sich bei Maria do Carmo Campello de Souza, *Estado e partidos no Brasil (1930-1964)* (São Paulo: Alfa-Omega, 1976), S. 139-168 (Kapitel VI) und Antônio Lavareda, *A democracia nas urnas: o processo partidário-eleitoral brasileiro* (Rio de Janeiro: Rio Fundo, 1991).

<sup>130</sup> Maria do Carmo Campello de Souza, *Estado e partidos no Brasil (1930-1964)* (São Paulo: Alfa-Omega, 1976), S. 154.

Eine zweite Hauptthese besagt, es sei in den frühen sechziger Jahren zu einer Polarisierung des Parteiensystems gekommen. Wie bereits weiter oben dargelegt wurde, befand sich die Linkspartei PTB seit den fünfziger Jahren in einem starken Aufwärtstrend, während das Gewicht der beiden konservativen Parteien PSD und UDN zusammengenommen ständig abnahm. Die traditionelle politische Elite, die durch PSD und UDN repräsentiert war, konnte darin eine Gefährdung der althergebrachten Machtverhältnisse und sozio-ökonomischen Struktur Brasiliens sehen.

Der Rückgang der konservativen Parteien ging fast ausschließlich zu Lasten der PSD. Während die UDN stagnierte, büßte die PSD, die gerade das Zentrum des Parteiensystems bildete, nahezu die Hälfte ihrer Sitze im Abgeordnetenhaus ein (von 52,8% 1946 auf 28,9% 1962 – siehe Tabelle 1, S. 163). Hinzu kam, wie Hippolito argumentiert, der innere Zerfall der PSD.<sup>131</sup> Während sich also das politische Zentrum zusehends auflöste, wurden die beiden Flügel, die PTB auf der linken Seite und die UDN auf der rechten, immer aggressiver. Seit Vargas' Tod 1954 hatte die PTB einen zusehends ideologischen Kurs eingeschlagen. Die UDN bewegte sich indessen in eine immer konservativere und autoritärere Richtung. Der Niedergang des Zentrums des Parteiensystems und die Radikalisierung der Flügel hätten im politischen System gleichzeitig eine Zunahme des Konfliktpotentials sowie auch eine Abnahme der Fähigkeit zur Konfliktbewältigung und Konsensbildung bewirkt. Aus dieser Perspektive hätte letztlich die Polarisierung des Parteiensystems dazu geführt, daß der systeminterne Dissens über die Toleranzgrenze der Militärs hinausgewachsen ist.

Die beiden soeben dargelegten Positionen (Desinstitutionalisierung und Polarisierung des Parteiensystems) gingen in jeweils unterschiedlicher Weise von einer Krise des Parteiensystems aus, die maßgeblich zum Niedergang der demokratischen Ordnung und zum Militärputsch von 1964 beigetragen hätte. Bis in die siebziger Jahre hinein galt die Grundüberzeugung einer Parteienkrise als allgemein anerkannt. Diese Auffassung wurde dann aber in den Arbeiten von Campello de Souza und Lavareda einer kritischen Überprüfung unterzogen. Beide Autoren kamen zu dem Ergebnis, daß die Parteienentwicklung nicht in eine Krise steuerte, sondern sich gerade im Gegenteil in einem Prozeß der Institutionalisierung und Stärkung befand. Dies bedeutet, daß der Staatsstreich nicht auf ein Versagen des Parteiensystems zurückzuführen sei. Für den Kollaps des politischen Systems seien statt dessen Faktoren verantwortlich zu machen, die außerhalb der Sphäre der Parteien und des Parteiensystems stehen.

Nach Campello de Souza litt der überwiegende Teil der bisherigen Untersuchungen darunter, daß sie von vorne herein eine „Sichtweise einnehmen, die prädisponiert ist, einen Zerfall des Parteiensystems zu akzentuieren.“<sup>132</sup> Die Autorin bemüht sich dementsgegen nachzuweisen, „daß das Datenmaterial nicht nur auf eine chaotische Erosion des Parteiensystems hindeutet, sondern auch auf einen allmählichen Prozeß der Neuausrichtung (*realinhamento*)“<sup>133</sup>, also auf eine Umstrukturierung der Parteienlandschaft. Sie betrachtet diesen Wandel des Parteiensystems als eine Folge des sozio-ökonomischen Fortschritts, der insbesondere die progressive und überwiegend urbane PTB bevorteilt hätte. Die beiden konservativen Parteien PSD und UDN wären durch diesen Prozeß immer mehr in die rückständigeren Regionen des *interior* (Hinterland, ländliche Regionen) abgedrängt worden, wo sich die traditionellen Klientelbeziehungen schwerer verdrängen ließen als in den Massengesellschaften der städtischen Zentren. Aus dieser Entwicklung schließt sie einen Prozeß der fortschreitenden Institutionalisierung und Annäherung der Parteien an die gesellschaftlichen Verhältnisse:

---

<sup>131</sup> siehe Lucia Hippolito, *De raposas e reformistas: o PSD e a experiência democrática brasileira, 1945-1964* (Rio de Janeiro: Paz e terra, 1985).

<sup>132</sup> Maria do Carmo Campello de Souza, *Estado e partidos no Brasil (1930-1964)* (São Paulo: Alfa-Omega, 1976), S. 140.

<sup>133</sup> a.a.O.

„Die Projektion dieser Tendenzen spricht mittelfristig für eine Restrukturierung (*realinhamento*) und Vereinfachung des Parteiensystems und somit in der Folge für seine wachsende Differenzierung und 'Repräsentativität'.“<sup>134</sup>

Für Campello de Souza wurde so das politische System zu Anfang der sechziger Jahre nicht durch den Niedergang, sondern gerade im Gegenteil durch das Erstarken des Parteiensystems erschüttert. Sie interpretiert die Krise des demokratischen Regimes letztlich als Folge der Inkompatibilität zwischen einerseits der zunehmenden Repräsentativität und Institutionalisierung der Parteien im Kongreß und andererseits einer durch Parteienfeindlichkeit und Staatszentrismus gekennzeichneten politischen Kultur der staatstragenden Schichten (politische Elite, Militär und Verwaltung). So wäre die politische Ordnung ihr zufolge an dem Dilemma zwischen den beiden Entwicklungstendenzen 'Staat ohne Parteien' und 'Parteienregierung' (*governo partidário*) zerbrochen.

Eine etwas andere Position wird von Antônio Lavareda vertreten. Er kritisiert die geringe theoretische Strenge der meisten Arbeiten sowie auch die unzureichende empirische Fundierung der Thesenführung. In Auswertung sehr umfangreichen Datenmaterials gelangt er zu dem Schluß, daß das Parteiensystem sich weder desinstitutionalisierte und zerfiel (erste These), noch polarisierte (zweite These). Von einer Krise des Parteiensystems könne deshalb auch für ihn keine Rede sein. Auch ein *party realignment*, „im durch die Fachliteratur festgelegten Sinne (einer Inversion der Präferenzen zwischen bereits feststehenden Konkurrenten)“<sup>135</sup> (dritte These von Campello de Souza) hätte nicht stattgefunden. Obwohl Lavareda damit Campello de Souza auf semantischer Ebene widerspricht (im Hinblick auf ihre Wahl des Begriffes *alinhamento partidário* bzw. *party alignment* – Lavareda versteht den Begriff als Umsturz, Campello de Souza als graduellen Prozeß), rückt er doch mit seiner Konsolidierungsthese sehr in ihre Nähe, was die grundsätzliche Einschätzung des positiven Entwicklungstrends anbelangt.

Nach seiner Auffassung entwickelte sich das Parteiensystem in Richtung einer „landesweiten Durchsetzung (*nacionalização*) eines entstehenden Mehrparteiensystems, das sich, in regionaler Perspektive, lediglich im Südosten bereits seit den ersten Wahlen ausreichend konfiguriert hatte.“<sup>136</sup> Neben dem Wahlverhalten deutete nach Lavareda auch die durch Meinungsumfragen ermittelte wachsende Parteienidentifikation darauf hin, daß sich das Parteiensystem zusehends konsolidierte.

Nach den überzeugenden Untersuchungen von Campello de Souza und Lavareda kann die traditionelle Sichtweise einer Parteienkrise zu Anfang der sechziger Jahre als widerlegt gelten. Wenn aber die brasilianische Demokratie zu einem Zeitpunkt zusammenbricht, als sich das Parteiensystem institutionalisierte und konsolidierte, kann dies zwar bedeuten, daß sich die Krise des politischen Systems völlig unabhängig von der positiven Parteidynamik entfaltete und auf andere Faktoren zurückzuführen wäre. Wahrscheinlicher scheint aber die bereits genannte These von Campello de Souza, der zufolge zwischen der Institutionalisierung der Parteien und der Regimekrise ein Kausalzusammenhang besteht: Die Entwicklungstendenz zu starken und repräsentativen Parteien hätte sich in akuter Weise im Widerspruch mit der dominierenden parteienfeindlichen und zentralistischen Staatskonzeption befunden. Diese Auffassung der Unvereinbarkeit einer qualitativen Parteienentwicklung mit dem politischen Entwicklungsmodell untermauert unsere Hauptthese, in Brasilien bestehe der Parteienzweck gerade nicht in der gesellschaftlichen Repräsentation, sondern in der politischen Akkommodation der politischen Elite.

---

<sup>134</sup> ebd., S. 153.

<sup>135</sup> Antônio Lavareda, *A democracia nas urnas: o processo político-eleitoral brasileiro* (Rio de Janeiro: Rio Fundo, 1991), S. 95.

<sup>136</sup> a.a.O.